

Mainz, 23.01.2014

Antrag **2349/2010 zur Sitzung Stadtrat am 08.12.2010**

Resolution: "Soziale Stadt" in Mainz erhalten!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die durch die Bundesregierung angekündigte Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung, die vor allem zulasten des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ geht, wird negative Auswirkungen auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bringen.

Die geplante Beschränkung des Programms auf investive Aufgaben schränkt nicht nur die Wirksamkeit des Programms in der Zukunft ein, sondern gefährdet auch den Erfolg dessen, was Quartiermanagerinnen und Quartiermanager derzeit durch ihre Beteiligungs- und Vernetzungsarbeit in den Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf geleistet haben.

„Soziale Stadt“ ist nur wirksam, wenn die Betroffenen in die Planungsprozesse einbezogen werden und flankierend z. B. Bildungsmaßnahmen ein Baustein für eine nachhaltige Entwicklung des jeweiligen Stadtgebietes sind.

In Mainz betroffen sind die Regionalfenster Lerchenberg, Mombach und Neustadt, in denen durch die Arbeit der Quartiermanagerinnen und Quartiermanager angeregt, viele gute Projekte angestoßen wurden, die insbesondere auch der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund dienen. Das Spektrum reicht dabei von Programmen zur Sprachförderung für Kinder und Eltern, über Programme zur Begleitung des Übergangs in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Schule und zur Förderung der schulischen Entwicklung bis hin zur Förderung einer nachhaltigen Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Der begleitende Ausbau von Spielräumen zu attraktiven Kommunikationsorten war dabei wichtiges Element.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Mainz fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Streichungen rückgängig zu machen und damit Menschen, die in benachteiligten Wohngebieten bzw. Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf leben, die Chance für nachhaltige Verbesserung zu erhalten.

Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Resolution einstimmig beschlossen. Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Bernhard Roth bittet den Stadtrat, die Resolution an die Bundesregierung zu übernehmen.